



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2014

**Eine neue Architektur für Menschenrechte und Unternehmen. Gedanken zu
einem Perspektivenwechsel und seinen Folgen**

Kaufmann, Christine

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-108418>
Book Section

Originally published at:

Kaufmann, Christine (2014). Eine neue Architektur für Menschenrechte und Unternehmen. Gedanken zu einem Perspektivenwechsel und seinen Folgen. In: Andorno, Roberto; Thier, Markus. Menschenwürde und Selbstbestimmung. Zürich: Dike Verlag, 73-93.

Roberto Andorno/Markus Thier (Hrsg.)

Menschenwürde und Selbstbestimmung

Analysen und Perspektiven von Assistierenden des
Rechtswissenschaftlichen Instituts der Universität Zürich



Sponsoren

Die Drucklegung des vorliegenden Buches wurde finanziell gefördert von:

- Prof. Dr. iur. Hans Rudolf Trüeb, Walder Wyss & Partner, Zürich
- Prof. Dr. iur. Peter Forstmoser, Zürich
- Prof. Dr. iur. Felix Dasser, Homburger Rechtsanwälte, Zürich
- Poledna Boss Kurer AG Rechtsanwälte, Zürich
- Dike Verlag, Zürich/St. Gallen
- Zürcher Universitätsverein (ZUNIV)
- Kommission für die Gleichstellung der Geschlechter, Universität Zürich

Bibliografische Information der «Deutschen Bibliothek».

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Alle Rechte, auch des Nachdrucks von Auszügen, vorbehalten. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.

© Dike Verlag AG, Zürich/St. Gallen 2014

ISBN 978-3-03751-683-6

www.dike.ch

Eine neue Architektur für Menschenrechte und Unternehmen

Gedanken zu einem Perspektivenwechsel und seinen Folgen

Christine Kaufmann

*«Das zentrale Problem der Architektur ist der Raum,
der den Menschen an Leib und Seele gesund erhält.»
Justus Dahinden¹*

Inhaltsübersicht

I. Ausgangslage	74
II. Ein erster Konsens: Drei Säulen	75
A. «Protect, Respect and Remedy»-Framework	75
1. Erste Säule: Schutzpflicht der Staaten	75
2. Zweite Säule: Unternehmerische Pflicht zur Achtung der Menschenrechte	77
3. Dritte Säule: Gemeinsame Pflicht zur Schaffung von Streitschlichtungs- und Wiedergutmachungsmechanismen	78
B. «Principled Pragmatism»	79
1. Hard Law vs. Soft Law	79
2. Form follows function	80
III. Risikobasierte Sorgfaltspflicht (due diligence)	82
A. Traditioneller Risikobegriff und Sorgfaltspflicht	82
B. Menschenrechtsbezogene Unternehmensrisiken	83
IV. Von gewandelten Menschen- und Weltbildern	84
A. Am Anfang steht der Mensch	84
1. Schutzziel der Menschenrechte	84
2. Vom homo oeconomicus zum homo sapiens	85
B. Unternehmen und Gesellschaft – (k)ein neues unternehmerisches Weltbild	85
1. Corporate Shared Value	85
2. Unternehmerische Verantwortlichkeit: Vom Objekt zum Subjekt	87
C. Vom unternehmensfokussierten zu einem holistischen Risikobegriff – ein Paradigmenwechsel und seine Folgen	88
D. Ausblick	89
Literaturverzeichnis	90
Materialienverzeichnis	92

¹ DAHINDEN, Architektur, 29.

I. Ausgangslage

Folgt man einer berühmten Aussage des Ökonomen Milton Friedman, nähme dieser Beitrag zur Rolle von Menschenwürde und Menschenrechten im unternehmerischen Kontext ein vielleicht für manche Leserinnen und Leser erfreulich abruptes Ende, hielt Friedman doch 1962 fest:

«There is one and only one social responsibility of business – to use its resources and engage in activities designed to increase its profits [...] so long as it stays *within the rules of the game*, which is to say, engages in open and free competition without deception or fraud.»²

Zwölf Jahre später sah sich Friedman in einem Interview zu einer Klarstellung veranlasst, welche heute erneut intensiv diskutiert wird:

«In the first place, the only entities who can have responsibilities are individuals; a business cannot have responsibilities. So the question is, do corporate executives, provided they stay within the law, have responsibilities in their business activities other than to make as much money for their *stockholders* as possible? And my answer to that is, no they do not.»³

Sind Unternehmen für die Einhaltung von Menschenrechten und den Respekt der Menschenwürde im Umfeld ihrer Tätigkeit verantwortlich? Bis 2003 verliefen Diskussionen zu diesem Thema regelmässig erfolglos resp. entlang verhärteter Positionen, die sich entweder in Anlehnung an Friedman auf die Pflicht von Unternehmen zur Gewinnmaximierung stützten oder nicht näher definierte «ethische» Grundsätze beizogen, um eine weitergehende Verantwortung von Unternehmen zu definieren. Diese Situation änderte sich 2011 mit der Verabschiedung der UNO Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten grundlegend.

Dieser Beitrag befasst sich mit einem Element dieses neuen Rahmenwerks, das in der aktuellen Diskussion bislang nicht die ihm gebührende Beachtung findet: Der Erweiterung der Perspektive von einem ausschliesslich auf Unternehmensrisiken fokussierenden Ansatz zu einer holistischen, die Menschenwürde und Menschenrechte der betroffenen Personen einbeziehenden Betrachtung und damit letztlich einer neuen Architektur für Menschenrechte und Wirtschaft. Die Darstellung der regulatorischen Grundlagen stützt sich dabei auf frühere Publikationen der Autorin.⁴

² FRIEDMAN, Capitalism, Chapter VIII Social Responsibility and Labor. Hervorhebung durch die Autorin.

³ MCCLAUGHRY, 72.

⁴ KAUFMANN, Anatomie; KAUFMANN, Investmentbanking.

II. Ein erster Konsens: Drei Säulen

*«Architektur ist nicht das Leben. Architektur ist Hintergrund.
Alles andere ist nicht Architektur.»*

Hermann Czech⁵

A. «Protect, Respect and Remedy»-Framework⁶

Nach jahrzehntelangen erfolglos verlaufenen Diskussionen gelang dem vom UN-Generalsekretär 2005 eingesetzten Sonderdelegierten, Harvard-Professor John Ruggie, was kaum jemand für möglich gehalten hätte: Ein Rahmenkonzept «Protect, Respect and Remedy» zum Schutz der Menschenrechte bei wirtschaftlichen Aktivitäten wurde vom Menschenrechtsrat verabschiedet⁷ und 2011 mit einstimmig angenommenen Leitprinzipien ergänzt⁸. Ganz im Sinne des vom Architekten Hermann Czech geprägten Grundsatzes, wonach Architektur sich in den Dienst des Lebens zu stellen hat und nicht umgekehrt, legte John Ruggie bei der Ausarbeitung des Rahmenkonzepts den Akzent nicht auf formale Aspekte, sondern auf das Ziel, die Menschenrechte auch bei wirtschaftlichen Aktivitäten möglichst effektiv zu schützen.

Das auf drei Pfeilern beruhende Rahmenkonzept wird mit den 31 UN-Leitprinzipien⁹ konkretisiert. Jedes der Leitprinzipien wird zudem mit Erläuterungen ergänzt. Sowohl die Leitprinzipien als auch das Rahmenkonzept sind als Resolutionen des Menschenrechtsrats formell nicht verbindlich, greifen aber vor allem im Rahmen des Abschnitts über die staatliche Schutzpflicht (duty to protect) teilweise auf bereits geltendes Recht zurück.

1. Erste Säule: Schutzpflicht der Staaten

Die erste Säule – «*state duty to protect*» (staatliche Schutzpflicht) – richtet sich an den Staat. Sie fusst auf der in den internationalen Menschenrechtspakten verankerten völkerrechtlichen Pflicht der Staaten, Menschenrechte vor Verletzungen durch Dritte und damit auch durch Unternehmen zu schützen.¹⁰ Dazu zählt, dass Staaten eine Unternehmenskultur fördern sollen, in der die Achtung der Menschenrechte zu einem integralen Bestandteil der Geschäftstätigkeit wird.¹¹ In ihrem eigenen Aufgabenbe-

⁵ CZECH, 63.

⁶ Dieser Abschnitt beruht wesentlich auf KAUFMANN, Anatomie.

⁷ UN HUMAN RIGHTS COUNCIL, Framework.

⁸ UN HUMAN RIGHTS COUNCIL, Guiding Principles.

⁹ UN HUMAN RIGHTS COUNCIL, Guiding Principles.

¹⁰ KOENEN, 136 ff.

¹¹ UN HUMAN RIGHTS COUNCIL, Framework, Ziff. 29–32.

reich sind Staaten u.a. verpflichtet, für Kohärenz verschiedener Politiken¹² sowohl vertikal als auch horizontal auf nationaler und internationaler Ebene zu sorgen.¹³

Die *Leitprinzipien* 1 bis 10 knüpfen an der bestehenden menschenrechtlichen staatlichen Schutzpflicht an und konkretisieren sie dahingehend, dass Staaten auch im *wirtschaftlichen* Bereich für die Einhaltung der Menschenrechte sorgen müssen. Besondere Herausforderungen stellen sich bezüglich der Aktivitäten von Unternehmen im Ausland und der damit verbundenen Frage der *Extraterritorialität*. Leitprinzip 2 ist angesichts der aktuellen kontroversen Diskussion¹⁴ zurückhaltend formuliert und verlangt lediglich, dass Staaten den auf ihrem Gebiet domizilierten Unternehmen klar kommunizieren sollen, dass die Respektierung der Menschenrechte bei allen unternehmerischen Aktivitäten, auch im Ausland, erwartet wird. In welcher Form, ob als Aufforderung, Empfehlung oder rechtliche Pflicht dieser Appell ergeht, ist den Staaten überlassen – eine «Lösung», welche zwar die Verabschiedung der Leitprinzipien erleichterte, die Gerichte aber vor schwierige Auslegungsfragen stellt.¹⁵ An Leitprinzip 2 lässt sich etwa die im neuen Bundesgesetz über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen enthaltene Pflicht, internationale Menschenrechtsstandards einzuhalten, anknüpfen.¹⁶

Wirtschaftliche Aktivitäten in *Konfliktgebieten* können besondere Risiken bergen, zumal es sich dabei nicht selten um rohstoffreiche Gebiete handelt.¹⁷ Leitprinzip 7 ruft den Staaten deshalb ihre besondere Verantwortung in diesen Situationen in Erinnerung und fordert sie auf, in Konfliktgebieten agierende Unternehmen bei der menschenrechtsbezogenen Risikoeinschätzung im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen möglichst in einem frühen Stadium zu unterstützen. Das Gegenstück dieser Unterstützungs- und Informationspflicht des Staates besteht in der Aufforderung, zum einen Regeln aufzustellen, um den Risiken für schwere Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen in Konfliktgebieten zu begegnen, und zum anderen Unternehmen, die in schwere Menschenrechtsverletzungen involviert sind und sich nicht um eine Verbesserung der Situation bemühen, von staatlicher Unterstützung auszunehmen. Erste Schritte zur Umsetzung dieses Leitprinzips hat der Bundesrat mit der Einführung von Transparenzvorschriften für Rohstoffunternehmen im Rahmen der laufenden Aktienrechtsrevision angekündigt.¹⁸

¹² Der Framework spricht von policy alignment, Ziff. 33–42.

¹³ UN HUMAN RIGHTS COUNCIL, Framework, Ziff. 43–47.

¹⁴ Vgl. ZERK, Extraterritorial Jurisdiction.

¹⁵ So etwa der US Supreme Court in *Kiobel et al. v. Royal Dutch Petroleum Co. et al.* 569 U.S. 1659; CLEVELAND, 555–561.

¹⁶ Art. 7 und 8 Bundesgesetz über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (BPS) vom 27. September 2013, SR 935.41 (noch nicht in Kraft; BBl 2013 7353).

¹⁷ Die Ökonomie spricht vom sog. Rohstofffluch (*resource curse*) und der Holländischen Krankheit (*Dutch disease*): COLLIER, Political Economy, 1107; BUNDESRAT, Grundlagenbericht, 20.

¹⁸ BUNDESRAT, Mehr Transparenz, 17.

Kohärenz ist eines der zentralen Themen des Framework und der Leitprinzipien und letztlich der Schlüssel zur Lösung von Konflikten zwischen wirtschaftlichen und menschenrechtlichen Interessen. Staaten sollen zunächst im internen Bereich sicherstellen, dass staatliche Institutionen auf allen Ebenen des Gemeinwesens zur Verwirklichung der Menschenrechte im wirtschaftlichen Bereich beitragen (Leitprinzip 8). In der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Staaten ist darauf zu achten, dass zum einen im Sinne eines «right to regulate»¹⁹ genügend Raum für die Verwirklichung der Menschenrechte bleibt (Leitprinzip 9) sowie zum anderen die Menschenrechte auch in den Aktivitäten wirtschaftsorientierter internationaler Organisationen berücksichtigt werden (Leitprinzip 10).

2. Zweite Säule: Unternehmerische Pflicht zur Achtung der Menschenrechte

Die zweite Säule – «*corporate responsibility to respect*» (unternehmerische Verantwortung) – richtet sich an Unternehmen. Unternehmen sind verantwortlich, Menschenrechte in ihren Aktivitäten zu achten. Dies erfordert ein unternehmensweites Bekenntnis zu den Menschenrechten,²⁰ eine Abschätzung, welche unternehmerischen Aktivitäten sich wie auf welche Menschenrechte auswirken («*impact assessment*»)²¹ und eine sorgfältige Geschäftsführung, die Menschenrechte miteinbezieht («*due diligence*»)²². Dank dieser Massnahmen sollen die Menschenrechte in die unternehmerischen Aktivitäten integriert werden, so dass ihre Respektierung ebenso wie die Einhaltung anderer unternehmensinterner Richtlinien überprüft werden kann²³.

Die Leitprinzipien 11 bis 24 konkretisieren die unternehmerische Verantwortung zur Achtung der Menschenrechte. Im Vordergrund stehen Themen der *Operationalisierung*, insbesondere die Ausgestaltung der sorgfältigen Unternehmensführung («*due diligence*»). Ungewohnt und für ein Regelwerk der Vereinten Nationen neu sind die Begriffe, die sich an betriebswirtschaftlichen Konzepten orientieren und Unternehmen damit eine gewisse Vertrautheit suggerieren. So ist im englischen Originaltext etwa von «*due diligence*» und «*risk assessment*» die Rede. Unternehmen werden überdies angeregt, Menschenrechte in «*compliance-fähige*» Tatbestände zu übersetzen, um die Integration von Menschenrechten in betriebliche Abläufe zu erleichtern. Das Kernanliegen, eine tragfähige Beziehung zwischen Menschenrechten und Wirtschaft aufzubauen, kommt in diesem Teil besonders deutlich zum Ausdruck.

¹⁹ UNCTAD, Investment Policy Framework, 107, 109.

²⁰ UN HUMAN RIGHTS COUNCIL, Framework, Ziff. 60.

²¹ UN HUMAN RIGHTS COUNCIL, Framework, Ziff. 61.

²² UN HUMAN RIGHTS COUNCIL, Framework, Ziff. 56–59.

²³ UN HUMAN RIGHTS COUNCIL, Framework, Ziff. 62–63.

In der Schweiz haben verschiedene Unternehmen bereits Anstrengungen unternommen, um diesen zweiten Pfeiler umzusetzen: Für diesen Beitrag von besonderem Interesse sind die Initiativen von Kuoni und Nestlé, weil sie versuchten, die verschiedenen Interessengruppen in den Prozess einzubeziehen.

Kuoni publizierte 2012 eine unternehmensweite Menschenrechtsverpflichtung²⁴ und führte gestützt darauf Umsetzungsprojekte in Kenia und Indien durch.²⁵ Im Rahmen dieser beiden Pilotprojekte fanden Konsultationen mit Mitarbeitenden und Betroffenen vor Ort statt. Über die dabei auftretenden Herausforderungen und die daraus zu ziehenden Lehren für zukünftige Projekte wurde transparent informiert.

Nach alarmierenden Berichten über schwerste Formen von Kinderarbeit in Westafrika beauftragte Nestlé 2011 die Fair Labor Association (FLA), eine auf Arbeitsrechte spezialisierte Nichtregierungsorganisation, mit einer umfassenden Überprüfung der Kakao-Verarbeitungskette in der Elfenbeinküste. Der 2012 von der FLA publizierte Bericht ist die erste Studie, welche die komplexe Wertschöpfungs- und Produktionskette in der Kakaoindustrie und die verschiedenen involvierten Stakeholder identifiziert und den von den Leitprinzipien geforderten Einbezug der Stakeholder zu realisieren versucht.²⁶

3. Dritte Säule: Gemeinsame Pflicht zur Schaffung von Streitschlichtungs- und Wiedergutmachungsmechanismen

Während der eingangs geschilderten jahrzehntelangen Diskussionen um die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen waren zwar konzeptionelle Differenzen Gegenstand intensiver Auseinandersetzungen, eine zentrale Frage wurde aber erstaunlicherweise nicht angesprochen: Wie kann die Situation der von einer Menschenrechtsverletzung betroffenen Personen verbessert werden?

Der dritte Pfeiler des UN-Regelwerks – «*access to remedy*» – will diese Lücke füllen. Er betrifft den Zugang zu Streitschlichtungs- und Wiedergutmachungsmechanismen. *Opfern* von Menschenrechtsverletzungen effiziente Mittel zur Beschwerde oder Wiedergutmachung zu geben, ist eine geteilte Verantwortung von Staaten und Unternehmen. Ziel ist es, den Opfern zu helfen, ob dies in Form eines gerichtlichen oder aussergerichtlichen Verfahrens geschieht, ist unerheblich.²⁷

²⁴ Vgl. Statement of Commitment on Human Rights, <http://www.kuoni.com/docs/gl_12_020_statement_of_commitment_0.pdf> (14.10.2014).

²⁵ Assessing Human Rights Impacts, Kenya Pilot Project Report, November 2012 und Action Plan Kenya: implementation status 2014; Assessing Human Rights Impacts, India Project Report, February 2014. <<http://www.kuoni.com/corp-responsibility/human-and-labour-rights/due-diligence>> (14.10.2014).

²⁶ <<http://www.fairlabor.org/report/assessment-nestle-cocoa-supply-chain-ivory-coast>> (14.10.2014).

²⁷ UN HUMAN RIGHTS COUNCIL, Framework, Ziff. 82–103.

Die Leitprinzipien 25 bis 31 unterscheiden zwischen staatlichen (Leitprinzipien 26 und 27) und nicht staatlichen (Leitprinzipien 28 bis 30) Mechanismen sowie zwischen gerichtlichen und aussergerichtlichen Verfahren. Neu ist, dass für Staaten *aussergerichtliche* Mechanismen auf eine gleichberechtigte Ebene zu gerichtlichen Verfahren gestellt werden. Massgebend ist auch hier die Perspektive der Opfer, für die es unter Umständen gleich wertvoll sein kann, ihr Anliegen in einem aussergerichtlichen Verfahren zu äussern.

B. «Principled Pragmatism»

1. Hard law vs. soft law

Die Verabschiedung der UN-Leitprinzipien in Form einer unverbindlichen Resolution des Menschenrechtsrats stiess nicht nur auf Begeisterung. Menschenrechtsexpertinnen und -experten warfen die Frage auf, ob mit der Wahl eines unverbindlichen Instruments nicht ein falsches Signal gesetzt und die Verbindlichkeit der Menschenrechte letztlich geschwächt würde. Eine ähnliche Diskussion hatte bereits 1998 nach der Verabschiedung der ILO-Prinzipien zu den Kernarbeitsnormen stattgefunden.²⁸ Zudem wurde gerügt, dass sich die Leitprinzipien nicht in die traditionellen Kategorien von Völkerrechtsquellen einbetten liessen und deshalb höchstens *soft law* darstellen könnten.

Tatsächlich zieht sich die Frage «*hard oder soft law?*» wie ein roter Faden durch die Diskussionen über die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen.

Zunächst löste die Erkenntnis, dass Unternehmen, vor allem internationale Konzerne, über grossen politischen Einfluss verfügen können, dem im Unterschied zu Staaten keine entsprechenden Pflichten gegenüberstehen, für das traditionelle Völkerrecht typische Reaktionen in Form verschiedener Regulierungsbestrebungen aus. In der UNO begann sich die Generalversammlung nach dem Sturz des Allende-Regimes in Chile 1973 und der damit verbundenen Rolle des amerikanischen Konzerns ITT mit der Thematik zu befassen.²⁹ Während rund 30 Jahren wurde anschliessend versucht, Unternehmen mit verbindlichen Normen direkt völkerrechtlich zu verpflichten. Das Vorhaben, Unternehmen zu Trägern von völkerrechtlichen Pflichten und Rechten zu machen, erwies sich aber als nicht konsensfähig.

Um zu verhindern, dass andere internationale Organisationen das Thema der menschenrechtlichen Verantwortlichkeit von Unternehmen auf- und übernehmen, initi-

²⁸ ALSTON, 476–483.

²⁹ US CONGRESS, Chile, 158–160.

ierte der damalige Generalsekretär Kofi Annan 1999 den *Global Compact*.³⁰ Diesem ausschliesslich auf Freiwilligkeit beruhenden Instrument gelang es in kurzer Zeit, zahlreiche Unternehmen zur Unterzeichnung zu motivieren. Ein Überwachungsmechanismus ist allerdings nicht vorgesehen, weshalb der *Global Compact* von Nichtregierungsorganisationen als zu wenig griffig kritisiert wird. Nicht zuletzt wegen dieser Kritik unternahm die UNO 2003 einen weiteren Versuch zur Kodifizierung unternehmerischer Pflichten im Menschenrechtsbereich, der sich aber diesmal an den bestehenden akzeptierten Grundsätzen des Völkerrechts orientierte: Da für die Einhaltung der Menschenrechte aus völkerrechtlicher Perspektive die Staaten verantwortlich sind, muss eine verbindliche Verantwortung von Unternehmen im nationalen Recht geregelt werden.

Das Resultat dieser Überlegungen waren die 2003 von der Subkommission der damaligen Menschenrechtskommission entworfenen «*Norms on the responsibilities of transnational corporations and other business enterprises with regard to human rights*» (*Draft Norms*).³¹ Sie sahen ein zweistufiges Vorgehen vor: Den Staaten sollten mit den *Draft Norms* inhaltlich verbindliche Vorgaben gemacht werden, welche Pflichten sie Unternehmen im nationalen Recht auferlegen sollten. Die Grundidee bestand also darin, Staaten gestützt auf ihre völkerrechtliche Schutzpflicht zu verpflichten, mit innerstaatlichen Rechtsnormen dafür zu sorgen, dass sich Unternehmen an die Menschenrechte halten.³² Der Anwendungsbereich *Draft Norms*³³ war sehr breit: Alle Unternehmen sollten verpflichtet werden, praktisch alle Menschenrechte in ihrem Einflussbereich («*sphere of influence*») einzuhalten.³⁴ Während dieses Konzept bei Nichtregierungsorganisationen auf breite Zustimmung stiess, wurde es in der Wirtschaft vor allem von grossen internationalen Unternehmensverbänden dezidiert abgelehnt.

2. Form follows function

In dieser reichlich verfahrenen Situation setzte der UN-Generalsekretär 2005 einen Sonderbeauftragten für Unternehmen und Menschenrechte ein.³⁵ Mit dem Mandat,

³⁰ <<http://www.unglobalcompact.org/AboutTheGC>> (26.02.2013).

³¹ COMMISSION ON HUMAN RIGHTS, *Draft Norms*. Ausführlich dazu BRETSCHGER, 27 ff.

³² BREINING-KAUFMANN, 61 f.

³³ «[The draft norms have] not been requested by the Commission and, as a draft proposal, [have] no legal standing.» COMMISSION ON HUMAN RIGHTS, Report on the sixtieth session (15 March – 23 April 2004), E/2004/23(Part I), 346.

³⁴ COMMISSION ON HUMAN RIGHTS, *Draft Norms*, Ziff. 1: «Within their respective spheres of activity and influence, transnational corporations and other business enterprises have the obligation to promote, secure the fulfilment of, respect, ensure respect of and protect human rights recognized in international as well as national law.»

³⁵ COMMISSION ON HUMAN RIGHTS, Resolution on Human rights and transnational corporations and other business enterprises, E/CN.4/RES/2005/69, 20. April 2005.

die kontroversen Fragen, insbes. die auf Unternehmen anwendbaren Menschenrechte und die Reichweite der *sphere of influence* zu klären, wurde Professor John Ruggie, der bereits in die Entwicklung des *Global Compact* involviert gewesen war, betraut. Viele Beobachter zweifelten daran, dass ein Sonderbeauftragter diese Aufgabe lösen könnte und beurteilten das Mandat als unerfüllbar. Ruggie machte aber gleich zu Beginn seiner Amtszeit klar, dass er gar nicht erst versuchen würde, eine Neuauflage der *Draft Norms* zu erarbeiten, da er deren Streben nach rechtlicher Verbindlichkeit für übertrieben und das Unterfangen nach jahrzehntelangen vergeblichen Bemühungen für aussichtslos hielt. Stattdessen wählte er einen Ansatz, den er später als «*principled pragmatism*» bezeichnete.³⁶ Er wollte auf bestehenden staatlichen Verpflichtungen aufbauen und gleichzeitig der Tatsache Rechnung tragen, dass viele Unternehmen Menschenrechte bereits in ihre Aktivitäten einbezogen oder zumindest nichts dagegen hatten. Als pragmatisch erachtete er sein Vorgehen deshalb, weil es sich nicht an der Verbindlichkeit von Verpflichtungen orientierte, sondern am angestrebten *Ergebnis*, einem besseren Schutz der Menschenrechte bei wirtschaftlichen Aktivitäten. Zu diesem ergebnisorientierten Ansatz gehörte auch, dass Opfer besser geschützt werden sollten, ob durch gerichtliche oder aussergerichtliche Verfahren.

Der Ansatz von John Ruggie, sich bei der Ausarbeitung der UN-Leitsätze nicht von formellen Kriterien der rechtlichen Verbindlichkeit, sondern von der Funktion der Leitsätze für den Schutz der Menschenrechte im Kontext wirtschaftlicher Aktivitäten leiten zu lassen, erinnert stark an Diskussionen, die in der Architektur zum Verhältnis von Form und Funktion, resp. Raum und Mensch, geführt wurden. Ende des 19. Jahrhunderts war es in den USA zu Auseinandersetzungen um den Bau der ersten Hochhäuser gekommen. Architektonische Selbstverwirklichung und Ästhetik standen im Widerstreit mit praktischen und sozialen Überlegungen, die spezifische Anforderungen an verdichtetes Bauen, die Ausgestaltung von Büroräumen, die Anordnung von Geschäften und Aufzügen etc. stellten. Der amerikanische Architekt Louis Sullivan brach in einem 1896 erschienenen Aufsatz mit der Tradition, als er sich für die Priorität der Funktion gegenüber der Form aussprach:

«Whether it be the sweeping eagle in his flight or the open apple-blossom, the toiling work-horse, the blithe swan, the branching oaks, the winding stream at its base, the drifting clouds, over all the coursing sun, *form ever follows function*, and this is the law. Where function does not change form does not change.»³⁷

³⁶ COMMISSION ON HUMAN RIGHTS, Interim report of the Special Representative of the Secretary-General on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises, E/CN.4/2006/97, 22. Februar 2006, Ziff. 81.

³⁷ SULLIVAN, 345. Hervorhebung durch die Autorin.

In völkerrechtlichen Kreisen wenig bekannt dürfte die auf diesem Grundsatz beruhende Beurteilung des UNO-Gebäudes in New York durch den Schweizer Architekten Justus Dahinden sein:

«Ich erinnere hier an das UNO-Building in New York, das zu einem Symbol der Enthumanisierung unserer Kultur geworden ist.[...] Nach freiem Ermessen aufgetürmte Baumassen, besonders in der Neuzeit, welche jeder massstäblichen Beziehung zur lebendigen Einheit, dem Menschen, entbehren, wachsen in oft unerhörte Ausmasse. Der empfindungslose Gestalter verliert sich in der Uferlosigkeit technischen Experimentierens. Jedermann kennt das UNO-Building in New York, wo elementare Strukturteile zum leblosen Bestandteil eines unübersehbaren Rasters werden.»³⁸

Wendet man diese Überlegungen auf die UN-Leitprinzipien an, wird rasch klar, wie zielführend deren Ansatz ist: Mit dem Abstützen der staatlichen *Schutzpflicht* (duty to protect) auf bestehende verbindliche Menschenrechtspflichten der Staaten bestätigen die Leitprinzipien letztlich geltendes Recht und konkretisieren es für wirtschaftliche Aktivitäten. Unternehmen trifft demgegenüber keine rechtlich verbindliche Pflicht, sondern eine *Verantwortung* für die Achtung der Menschenrechte (responsibility to respect). Damit bringen die Leitprinzipien einerseits zum Ausdruck, dass Unternehmen keine Völkerrechtssubjekte sind, andererseits orientiert sich die Begrifflichkeit – Verantwortung, sorgfältige Unternehmensführung (due diligence), risikobasierter Ansatz – an einem Unternehmen vertrauten wirtschaftlichen Konzept.

III. Risikobasierte Sorgfaltspflicht (due diligence)

*«Wie die Räume ohne den Menschen aussehen ist gleichgültig.
Wichtig ist nur, wie die Menschen darin aussehen.»
Bruno Taut³⁹*

A. Traditioneller Risikobegriff und Sorgfaltspflicht

Mit Risiken werden gemeinhin Ereignisse umschrieben, deren Eintreten wahrscheinlich erscheint und die gleichzeitig mit negativen Konsequenzen *für das Unternehmen* verbunden sind⁴⁰. Negative Folgen treten etwa in Form eines Umsatzrückgangs, von

³⁸ DAHINDEN, Versuch, 37, 43

³⁹ TAUT, 30 f.

⁴⁰ Grundlegend GIDDENS, 3–5; NOBEL, 3 ff.

Reputationsschäden, Rechtsstreitigkeiten, Schadenersatzforderungen oder der Kündigung von Arbeitnehmenden auf.

Ziel des traditionellen Risikomanagements als Teil der unternehmerischen Sorgfaltpflicht⁴¹ ist die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, dass sich solche Risiken manifestieren, deren Quantifizierung und gestützt darauf das Erlassen von Massnahmen – z.B. in Form von Prävention oder finanziellen Rücklagen – um zu verhindern, dass sich diese Risiken manifestieren.

Ein Beispiel ist die Pflicht von Finanzinstituten, mögliche Prozessrisiken einzuschätzen und gestützt auf diese Einschätzung entsprechende Rücklagen zu bilden, um für den Eintretensfall vorbereitet zu sein und negative finanzielle Folgen für das Unternehmen zu vermeiden.⁴²

B. Menschenrechtsbezogene Unternehmensrisiken

Angewandt auf Menschenrechte führt das skizzierte unternehmensfokussierte Risikoverständnis dazu, dass beim Auftreten von Menschenrechtsverletzungen im Umfeld geschäftlicher Tätigkeiten beurteilt werden muss, ob diese negative Auswirkungen für das Unternehmen zeitigen könnten. Zu denken ist etwa an Verbraucherproteste und die damit verbundenen Reputationsschäden und möglichen Umsatzeinbußen oder an rechtliche Schritte verbunden mit Schadenersatzforderungen, die gegen das Unternehmen eingeleitet werden, weil arbeitsrechtliche Schutzvorschriften verletzt wurden.⁴³

Unbeachtlich wären in einem solchen Konzept Menschenrechtsverletzungen, die zwar gravierend sind, sich aber nicht negativ auf das Unternehmen auswirken. Diese Situation kann beispielsweise dann eintreten, wenn die Öffentlichkeit nichts von solchen Vorkommnissen erfährt oder nicht darauf reagiert. Menschenrechte werden mit anderen Worten dann zum Thema für ein Unternehmen, wenn sich dies mit der Vermeidung von unternehmerischen Risiken begründen lässt.

Anthony Giddens und Ulrich Beck haben diesem traditionellen Risikobegriff in den 1980er Jahren ein differenzierteres Konzept einer eigentlichen Risikogesellschaft gegenübergestellt. Typisches Merkmal dieser Risikogesellschaft ist die enge Verbindung von *Risiko und Verantwortung*. Nach Giddens und Beck bergen Risiken nicht nur Gefahren, sondern zwingen auch zu Entscheidungen. Ziel muss es deshalb sein, Mechanismen zu schaffen, die einen verantwortungsvollen, gesellschaftlich akzep-

⁴¹ Art. 717 OR.

⁴² BANK FÜR INTERNATIONALEN ZAHLUNGS AUSGLEICH, Basel II, Ziff. 645.

⁴³ Zu den bekanntesten Beispielen zählt die Kontroverse um die Kinderarbeit bei der Herstellung von Turnschuhen der Marke Nike: DETIENNE/LEWIS.

tierten Umgang mit Risiken ermöglichen.⁴⁴ Qualifiziert man im Sinne von Giddens die mit einer globalisierten Wirtschaft einhergehenden Risiken für Menschenrechtsbeeinträchtigungen als «*manufactured risks*» – «hausgemachte» im Unterschied zu externen Risiken wie Naturkatastrophen – stellt sich die Frage, wie ein Risikomanagement auszugestalten ist, das sowohl den unternehmerischen als auch den menschen(-rechts)bezogenen Risiken gerecht wird.

IV. Von gewandelten Menschen- und Weltbildern

*«Es gibt nur zwei Dinge, die in der Kunst von Bedeutung sind:
die Menschlichkeit oder die Nicht-Menschlichkeit.
Die blosse Form oder einzelne für sich betrachtete Einzelheiten
bringen noch keine Menschlichkeit hervor.»*
Alvar Aalto⁴⁵

A. Am Anfang steht der Mensch

1. Schutzziel der Menschenrechte

Wesensmerkmal der Menschenrechte ist ihre auf der unveräußerlichen Würde jedes einzelnen Menschen gründende Voraussetzungslosigkeit: Jeder Mensch kann sich vorbehaltlos auf sie berufen, ohne dass zusätzliche Anforderungen wie etwa das Erreichen eines bestimmten Zwecks erfüllt sein müssen. Eine Instrumentalisierung der Menschenrechte zur Erreichung spezifischer Ziele ist damit nicht ausgeschlossen, solange die Zielerreichung nicht als *conditio sine qua non* für die Respektierung menschenrechtlicher Standards formuliert wird.

So machten Weltbank und Internationaler Währungsfonds bis vor Kurzem die Einhaltung von Menschenrechten als Bestandteil der von Kreditländern zu erfüllenden Voraussetzungen davon abhängig, ob damit eine wirtschaftliche Verbesserung erzielt wurde. Konkret wurde etwa argumentiert, die Gewährung der Gewerkschaftsfreiheit verbunden mit dem Recht auf Kollektivverhandlungen – eines der Kernarbeitsrechte der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) – könnte zu einem weniger flexiblen Arbeitsmarkt sowie überhöhten Löhnen und damit wirtschaftlich unerwünschten Folgen führen. Als Konsequenz integrierten die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) den Schutz der Gewerkschaftsfreiheit lange nicht in die Be-

⁴⁴ GIDDENS, 7–8; BECK, 333–336.

⁴⁵ Anlässlich der Preisverleihung durch das Royal Institute of British Architects, 1957. Zitiert nach Bauen + Wohnen 1965 (19), 12.

dingungen ihrer Kreditprogramme, während die wirtschaftlich positiv beurteilte Gleichstellung der Frau regelmässig darin Eingang fand.⁴⁶

2. Vom homo oeconomicus zum homo sapiens⁴⁷

Neue Arbeiten aus der Neuropsychologie und der Neuroökonomie zeigen, dass das Konzept des rational handelnden homo oeconomicus, der seine Entscheidungen weitgehend am Eigeninteresse ausrichtet, überholt ist.⁴⁸ Zwar hatte Adam Smith schon 1759 auf die Bereitschaft des Menschen über den reinen Eigennutz hinaus, mit anderen zusammenzuarbeiten, hingewiesen,⁴⁹ aber erst ein Vierteljahrtausend später konnte der wissenschaftliche Beweis für diese Erkenntnis erbracht werden. James Buchanan und Bruno S. Frey zählten in den 1990-er Jahren zu den Pionieren, die erkannten, dass erstens nicht nur nutzenorientierte, sondern auch moralische Überlegungen wie Fairness oder das Vermeiden von Konflikten Entscheidungen von Marktteilnehmern beeinflussen und sich zweitens diese nicht-wirtschaftlichen Motive empirisch nachweisen lassen.⁵⁰ Neue Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Behavioural Finance identifizieren verschiedene Faktoren, die menschliches Verhalten auf Märkten bestimmen. So scheinen beispielsweise im Kontext von Investitionen so wohl materielle als auch verfahrensbezogene Fairnessüberlegungen relevant.⁵¹ Eine wichtige Rolle spielen dabei sog. interne Hemmschwellen (*internal constraints*), die auf unterschiedlichen Motiven, auch ethischen Prinzipien, beruhen können.⁵²

B. Unternehmen und Gesellschaft – (k)ein neues unternehmerisches Weltbild

1. Corporate Shared Value

Die zu Beginn dieses Beitrags erwähnte Haltung, die soziale Verantwortung von Unternehmen als eine auf Freiwilligkeit beruhende Initiative zu verstehen, erlebte in den 1990-er Jahren und besonders nach dem Scheitern der UN Draft Norms eine «Renaissance». Viele Unternehmen erkannten ihre *Verantwortung gegenüber der Gesellschaft* zwar an, wenn auch in unterschiedlichem Ausmass, lehnten aber deren Verankerung als rechtlich verbindliche Pflicht ab. Gleichzeitig forderten Zivilgesellschaft,

⁴⁶ KAUFMANN, Globalisation, 127–129.

⁴⁷ Dieser Abschnitt beruht auf KAUFMANN, Investmentbanking.

⁴⁸ Etwa AKERLOF/SHILLER.

⁴⁹ SMITH, 235

⁵⁰ BUCHANAN, 132; FREY, 139.

⁵¹ Für eine Übersicht SINGER, 440 und zum Risikoverhalten BAISCH/WEBER.

⁵² Grundlegend STRINGHAM, 101–102.

Investoren und Mitarbeitende zunehmend die Berücksichtigung nicht finanzieller Faktoren wie Umweltschutz oder Menschenrechte⁵³ und damit eine Abkehr nicht nur vom Bild des homo oeconomicus, sondern auch von einer mit Philanthropie angereicherten primär auf Profitmaximierung angelegten Unternehmensführung, wie sie Milton Friedman vertreten hatte.

Besonders prominent wird die Verknüpfung von unternehmerischer Strategie und sozialen Zielen im Rahmen der *Corporate Governance* von den Ökonomen Michael E. Porter und Mark R. Kramer vertreten.⁵⁴ Ihr «*Shared Value*»-Konzept basiert auf der These, dass die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens und der Wohlstand der Gesellschaft, in der das Unternehmen tätig ist, sich gegenseitig beeinflussen und dass der Einsatz für soziale, nicht-wirtschaftliche Anliegen im ureigenen Interesse des Unternehmens liegt.⁵⁵ Schliesslich sehen die Autoren in ihrem Modell nicht weniger als ein Mittel, um nach der Finanzkrise unternehmerische Aktivitäten neu zu legitimieren («legitimize business again») und dem Kapitalismus eine neue Gestalt zu geben («reshape capitalism»).⁵⁶ Porter und Kramer grenzen sich klar von Konzepten der unternehmerischen sozialen Verantwortung (CSR) ab, indem sie die «andere Weltsicht⁵⁷» ihres Ansatzes, die im Interessenausgleich zwischen Unternehmertum und Gesellschaft liegen soll, betonen.

Trotz seiner unbestrittenen Verdienste, soziale Anliegen auf die strategische Ebene zu heben und so Unternehmen für sie zu motivieren, leidet der Shared Value-Ansatz an verschiedenen Mängeln:⁵⁸ Offensichtlich ist zunächst, dass die Autoren mit ihrer auch 2012 noch vertretenen Argumentation, CSR-Bestrebungen liege als Hauptmotiv die Reputationssicherung zugrunde, während bei Shared Value-Ansätzen die Eröffnung neuer Geschäftsfelder wegleitend sei,⁵⁹ einem veralteten CSR-Denken verhaftet bleiben und neuere Entwicklungen sowohl in der Forschung als auch der Praxis ausblenden. So fehlt insbesondere eine Auseinandersetzung mit den für das Verständnis der UN-Leitprinzipien essentiellen Stakeholder-Theorien,⁶⁰ neuen Überlegungen zu einem Modell für einen integrativen Gesellschaftsvertrag als Grundlage für die ethische Verantwortung von Unternehmen⁶¹ oder mit Untersuchungen zur politischen Rolle von Unternehmen.⁶²

⁵³ SCHERER/PALAZZO/MATTEN, Globalization, 329–333.

⁵⁴ PORTER/KRAMER, Creating Shared Value; PORTER/KRAMER, Strategy and Society.

⁵⁵ PORTER/KRAMER, Brücke, 137, 139.

⁵⁶ PORTER/KRAMER, Creating Shared Value, 64.

⁵⁷ PORTER/KRAMER, Brücke, 139.

⁵⁸ Für eine ausführliche (scharfe) Kritik siehe CRANE/PALAZZO/SPENCE/MATTEN, 134–145.

⁵⁹ PORTER/KRAMER, Brücke, 139. Im gleichen Sinn auch die Antwort auf die Kritik von Crane, Palazzo, Spence und Matten: PORTER/KRAMER, Response.

⁶⁰ FREEMAN ET AL., 1–80; MANSELL, 24–53.

⁶¹ Für eine Übersicht statt vieler WEMPE, 337.

⁶² SCHERER/PALAZZO, 908, Table 1. und neuestens SCHERER/PALAZZO/MATTEN, Political Actor, 147–149

Schliesslich versuchen Vertreter des Shared Value-Konzepts, die Verfolgung sozialer Ziele als für das Unternehmen wirtschaftlich günstig und erfolgsversprechend zu begründen. Zahlreiche Untersuchungen zeigen aber, dass sich ein solcher *Business Case* empirisch in dieser allgemeinen Form nicht nachweisen lässt.⁶³

Zusammenfassend zeigt sich, dass der Shared Value-Ansatz Menschenrechte und Unternehmensinteressen nicht als gleichberechtigte Interessen versteht, sondern zu argumentieren versucht, dass die Berücksichtigung sozialer Ziele, zu denen auch die Menschenrechte zählen, letztlich im Eigeninteresse des Unternehmens liegt. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn die dieser Überlegung zugrundeliegende Annahme der mit einem sozialen Engagement verbundenen Produktivitätssteigerung und Kostensenkung belegt werden könnte. Dies ist aber zumindest in der von Porter und Kramer vertretenen allgemeinen Form nicht der Fall. Damit bleibt die Frage, wie sich der skizzierte Perspektivenwechsel weg von einem effizienzorientierten *homo oeconomicus* zu einem *homo sapiens* und von der unternehmensfokussierten Sichtweise zu einer umfassenderen, wichtige gesellschaftliche Anliegen einschliessenden Perspektive in ein Konzept der menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen einbinden lässt.

2. Unternehmerische Verantwortlichkeit: Vom Objekt zum Subjekt

Im Unterschied zu einem auf Freiwilligkeit und Philanthropie beruhenden *sozialen Engagement* von Unternehmen oder dem Shared Value-Konzept knüpft ein Konzept unternehmerischer *Verantwortlichkeit* für die Achtung der Menschenrechte an der Menschenwürde⁶⁴ und den daraus fliessenden Rechte der Betroffenen an. Empfängerinnen und Empfänger von freiwillig erbrachten Leistungen werden damit zu Inhaberinnen und Inhabern von Rechten und damit vom Objekt zum Subjekt.⁶⁵ Die Ausgestaltung des von den Unternehmen in den UN-Leitprinzipien verlangten Respekts der Menschenrechte als rechtlich nicht verbindlicher *Verantwortung* vermag daran nichts zu ändern. Einmal mehr ist mit Vertretern einer humanistischen Architektur festzuhalten: Die formale Struktur muss sich dem Ziel der Verbesserung des Menschenrechtsschutzes im Rahmen wirtschaftlicher Aktivitäten unterordnen.

⁶³ Eine differenzierte Analyse bieten BARNETT/SALOMON, 1316.

⁶⁴ MCRUDDEN, *Current Debates*, 8.

⁶⁵ KAUFMANN/GROSZ, 85.

C. Vom unternehmensfokussierten zu einem holistischen Risikobegriff – ein Paradigmenwechsel und seine Folgen

Die mit den UN-Leitprinzipien einhergehende Perspektivenerweiterung zeigt sich zunächst an einem *neuen Risikoverständnis*: Zwar orientieren sich die Leitprinzipien stark an betriebswirtschaftlichen Begriffen wie Risikomanagement und Sorgfaltspflicht, füllen diese aber gleichzeitig mit neuen Inhalten. So tritt an die Seite – nicht an die Stelle – des traditionellen betriebswirtschaftlichen Verständnisses von Risiken als Unternehmensrisiken ein neuer holistischer Risikobegriff, der auch die Perspektive der von negativen Menschenrechtsauswirkungen Betroffenen einbezieht. Mit diesem erweiterten Risikoverständnis muss zwingend eine erweiterte Sorgfaltspflicht einhergehen: Die UN-Leitprinzipien verlangen deshalb von Unternehmen, die Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf die Menschenrechte umfassend abzuklären, unabhängig davon, ob damit unternehmerische Risiken verbunden sind und ob das Unternehmen die Situation beeinflussen kann. Gestützt auf diese Erhebung des menschenrechtsrelevanten Sachverhalts soll das Unternehmen anschliessend prüfen, welche Massnahmen es zur Verhinderung oder Verbesserung der Situation treffen kann und will.

Die zweite Konsequenz der Perspektivenerweiterung zeigt sich im dritten Kapitel der UN-Leitsätze. Erstaunlicherweise befassten sich die Vereinten Nationen in den jahrzehntelangen Verhandlungen um die menschenrechtliche Verantwortlichkeit von Unternehmen kaum mit den Opfern von Menschenrechtsverletzungen. Zwar wurden griffige Durchsetzungsmechanismen gefordert, die – mehrheitlich negativen – Erfahrungen mit den wenigen gerichtlichen Instrumenten fanden aber keinen Eingang in die Diskussionen.⁶⁶ Ein Rahmen, der die betroffenen Menschen nicht als Empfängerinnen und Empfänger von Wohltätigkeit, sondern als Inhaberinnen und Inhaber von Rechten betrachtet, muss sich mit der Frage befassen, wie diese Menschen ihre Anliegen selbstständig geltend machen können. Der dritte Abschnitt der UN-Leitprinzipien ist deshalb dem Zugang zu Wiedergutmachungs- und Schlichtungsmechanismen gewidmet. Welche wichtige Rolle dabei die Menschenwürde und damit verbunden die Selbstbestimmung der Betroffenen spielt, zeigt sich daran, dass nicht ein allgemeingültiges, auf alle Fälle anwendbares Modell vorgegeben wird. Vielmehr soll ein Spektrum von nicht gerichtlichen und gerichtlichen Instrumenten geschaffen werden, aus dem die Betroffenen das für sie optimale Vorgehen wählen können. Wie komplex die sich dabei stellenden juristischen Fragen sein können, zeigen einige neuere Gerichtsentscheide im Zusammenhang mit von Unternehmen (mit-)verursachten Menschenrechtsverletzungen und Umweltbeeinträchtigungen:⁶⁷

⁶⁶ Für eine detaillierte Analyse ZERK, *Corporate liability*, 63–103.

⁶⁷ Verschiedene Gerichte befassten sich mit diesen Fragen im Zusammenhang mit schweren Umweltschäden im Umfeld von Ölförderungsaktivitäten des niederländischen Unternehmens Shell in Nigeria: Der amerikanische Supreme Court in *Kiobel v. Royal Dutch Petroleum Co.*, 133 S.Ct.

Müssen im Rahmen des Prozessrechts Vorkehrungen getroffen werden, um der geschilderten Perspektivenerweiterung auch bei der Durchsetzung Rechnung zu tragen? Sollen Opfer von Menschenrechtsverletzungen beispielsweise im Sinne einer – allenfalls zu erweiternden – Notzuständigkeit am Hauptsitz eines Unternehmens klagen können, wenn ihr Heimatstaat keinen effektiven Rechtsschutz zur Verfügung stellt?⁶⁸ Sind Sammelklagen einzuführen resp. zuzulassen?

D. Ausblick

Die UN-Leitprinzipien vollziehen eine Perspektivenerweiterung von einer rein unternehmensorientierten zu einer die Menschenrechte und Menschenwürde der Betroffenen einbeziehenden Betrachtungsweise. Die Auswirkungen dieses Paradigmenwechsels sind noch wenig erforscht. Zwar gibt es schon Ansätze, wie die verlangte Sorgfaltspflicht umgesetzt werden kann, und erste Ideen zur Schaffung von Wiedergutmachungsmechanismen, die den Bedürfnissen der Opfer Rechnung tragen, liegen vor. Zahlreiche Fragen harren aber nach wie vor einer Antwort. Auf Dauer können weder der «principled pragmatism» von John Ruggie noch die verzweifelte Suche nach dem Business Case für Menschenrechte überzeugen. Auch die immer wieder gerne als Lösung präsentierte «*Triple Bottom Line*», welche neben dem wirtschaftlichen Erfolg auch die soziale und umweltbezogene «Performance» eines Unternehmens misst, ist auf klare Kriterien angewiesen.⁶⁹ Längerfristig wird es hingegen unumgänglich sein, sich der Grundsatzfrage nach dem Zweck von Unternehmen zu widmen.⁷⁰ Die Frage nach dem Wesen einer juristischen Person und damit verbunden der Rolle staatlicher oder völkerrechtlicher Regulierung in diesem Bereich wird dabei ebenso neu zu stellen sein⁷¹, wie die heute als selbstverständlich angenommene Trägerschaft von juristischen Personen für bestimmte Menschenrechte. Gelingen kann dies nur im Diskurs zwischen Expertinnen und Experten aus Wirtschaftsrecht und Menschenrechten.

1659 (17. April 2013), der District Court The Hague in *Friday Alfred Akpan et al v. Royal Dutch Petroleum Co.* (30. Januar 2013), Docket Nr. C/09/337050 / HA ZA 09-1580. <http://www.menschenrechte.uzh.ch/entscheide/Friday_Alfred.pdf> (14.10.2014) und der High Court in London in *Bodo Community, Gokana Local Government Area, Rivers State, Nigeria v. The Shell Petroleum Development Company of Nigeria Ltd.*, Zwischenentscheid vom 20. Juni 2014.

⁶⁸ Art. 3 IPRG verlangt neben der Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit einer Klage im Ausland einen genügenden sachlichen Zusammenhang mit der Schweiz. GEISSER 173 f.

⁶⁹ Das Konzept wurde von John ELKINGTON begründet. Für eine aktuelle Übersicht siehe SHERMAN, 675.

⁷⁰ PETRIN, 22–26 und 46–51.

⁷¹ Für die USA HARPER HO, 130–166.

Literaturverzeichnis

- AKERLOF GEORGE A AND SHILLER ROBERT J, *Animal Spirits: how human psychology drives the economy, and why it matters for global capitalism*, Princeton 2010
- ALSTON PHILIP, *Core Labour Standards and the Transformation of the International Labour Rights Regime*, *European Journal of International Law* 2004 (15), 457–521
- BAISCH RAINER, WEBER ROLF H, *Investment Suitability Requirements in the Light of Behavioural Findings*, in: Klaus Mathis (Hrsg.) *European Perspectives on Behavioural Law and Economics, Economic Analysis of Law in European Legal Scholarship Series Vol.2*, erscheint 2015 bei Springer.
- BARNETT MICHAEL L., SALOMON ROBERT M., *Does it pay to be really good? Addressing the shape of the relationship between social and financial performance*, *Strategic Management Journal* 2012 (33), 1304–1320
- BECK ULRICH, *Living in the world risk society*, *Economy and Society* 2006 (35), 329–345
- BREINING-KAUFMANN CHRISTINE, *Banken vor Gericht. Die Holocaust- und Apartheidklagen gegen Schweizer Banken – Gedanken zur völkerrechtlichen Verantwortlichkeit von Unternehmen*, in: Hans-Caspar von der Crone/Peter Forstmoser/Rolf H. Weber/Roger Zäch (Hrsg.), *Aktuelle Fragen des Banken- und Kapitalmarktrechts, Festschrift zum 60. Geburtstag von Dieter Zobl*, Zürich 2004, 51 ff.
- BRETSCHGER ROMAN, *Unternehmen und Menschenrechte – Elemente und Potenzial eines informellen Menschenrechtsschutzes*, Zürich 2010
- BUCHANAN JAMES M, *Choosing what to choose*, *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 1994 (150), 123–135
- CLEVELAND SARAH H., *After Kiobel*, *Journal of International Criminal Justice* 2014 (12), 551–577
- COLLIER PAUL, *The Political Economy of Natural Resources*, *Social Research* 2010 (77) 1105–1132
- CRANE ANDREW, PALAZZO GUIDO, SPENCE LAURA J., MATTEN DIRK, *Contesting the Value of «Creating Shared Value»*, *California Management Review* 2014 (56), 130–153
- CZECH HERMANN, *Zur Abwechslung: Ausgewählte Schriften zur Architektur*, Wien 1996
- DAHINDEN JUSTUS, *Architektur – Architecture, Monographie II*, Stuttgart 1988 (zit. Architektur)
- DAHINDEN JUSTUS, *Versuch einer Standortbestimmung der Gegenwartsarchitektur*, Dissertation Winterthur 1956 (zit. Versuch)
- DETIENNE KRISTEN BELL, LEWIS LEE W., *The Pragmatic and Ethical Barriers to Corporate Social Responsibility Disclosure: The Nike Case* *Journal of Business Ethics* 2005 (60), 359–376
- ELKINGTON JOHN, *Cannibals with Forks: the Triple Bottom line of 21st Century Business*, Oxford 1999
- FREEMAN EDWARD R., HARRISON JEFFREY S., WICKS ANDREW C., PARMAR BIDHAN L., DE COLL SIMONE, *Stakeholder Theory: The State of the Art*, Cambridge 2010
- FRIEDMAN MILTON, *Capitalism and Freedom*, 1st edition 1962 (zit. Capitalism)
- FREY BRUNO S, *Moral and Institutional Constraint, Comment on Buchanan*, *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 1994 (150), 136–141
- GEISSER GREGOR, *Ausservertragliche Haftung privat tätiger Unternehmen für «Menschenrechtsverletzungen» bei internationalen Sachverhalten*, Zürich u.a. 2013
- GIDDENS ANTHONY, *Risk and Responsibility*, *Modern Law Review* 1999 (62), 1–10

- HARPER HO VIRGINIA, Of Enterprise Principles and Corporate Groups: Does Corporate Law Reach Human Rights?, *Columbia Journal of Transnational Law* 2013 (52), 113–172
- HUMPHREYS MACARTAN, SACHS JEFFERY D., SITGLITZ JOSEPH E. (Hrsg.), *Escaping the Resource Curse*, New York 2007
- KAUFMANN CHRISTINE, Respekt für Menschenrechte im Investmentbanking: Ein Paradigmenwechsel und seine Folgen, in: Karin Wendt (Hrsg.), *CSR und Investmentbanking*, erscheint 2015 bei Springer (zit. *Investmentbanking*)
- KAUFMANN CHRISTINE, Wirtschaft und Menschenrechte – Anatomie einer Beziehung, in *Aktuelle Juristische Praxis, Sonderheft in Erinnerung an Prof. Yvo Hangartner*, *AJP/PJA* 5/2013, 744–753 (zit. *Anatomie*)
- KAUFMANN CHRISTINE, GROSZ MIRINA, Poverty, Hunger and International Trade: What's Law Got to Do with It?, *German Yearbook of International Law* 2008 (51), 75–109
- KAUFMANN CHRISTINE, Globalisation and Labour Rights – The Conflict between Core Labour Rights and International Economic Law, Oxford/Portland 2007 (zit. *Globalisation*)
- KOENEN THOMAS, Wirtschaft und Menschenrechte: Staatliche Schutzpflichten auf der Basis regionaler und internationaler Menschenrechtsverträge, Berlin 2012
- MANSELL SAMUEL F., *Capitalism, Corporations and the Social Contract: A Critique of Stakeholder Theory*, Cambridge 2013
- MCCLAUGHRY JOHN, Milton Friedman Responds (Interview), *ChemTech* (February 1974), 72–78
- MCCRUDDEN CHRISTOPHER, In Pursuit of Human Dignity: An Introduction to Current Debates, *Proceedings of the British Academy* 2013 (192), 1–58 (zit. *Current Debates*)
- MCCRUDDEN CHRISTOPHER, Human Dignity and Judicial Interpretation of Human Rights, *European Journal of International Law* 2008 (19), 655–724 (zit. *Human Dignity*)
- NOBEL PETER, Der Risikobegriff und rechtliche Risiken. *Zeitschrift für Schweizerisches Recht* 2010(129), 3–28
- PETRIN MARTIN, Reconceptualizing the Theory of the Firm – From Nature to Fiction, *Penn State Law Review* 2013 (118), 1–53.
- PORTER MICHAEL E., KRAMER MARK R., A response to Andrew Crane et al.'s article, *California Management Review* 2014 (56), 149–150 (zit. *Response*)
- PORTER MICHAEL E., KRAMER MARK R., Shared Value: Die Brücke von Corporate Social Responsibility zu Corporate Strategy, in: Schneider Andreas, Schmidpeter René (Hrsg.), *Corporate Social Responsibility*, Berlin/Heidelberg 2012, 137–153 (zit. *Brücke*)
- PORTER MICHAEL E., KRAMER MARK R., Creating Shared Value, *Harvard Business Review*, 2011 (89), 62–77 (zit. *Creating Shared Value*)
- PORTER MICHAEL E., Strategy and Society, The Link between Competitive Advantage and Corporate Social Responsibility, *Harvard Business Review* 2006 (84), 78–92 (zit. *Strategy and Society*)
- SCHERER ANDREAS GEORG, PALAZZO GUIDO, The New Political Role of Business in a Globalized World: A Review of a New Perspective on CSR and its Implications for the Firm, Governance, and Democracy, *Journal of Management Studies* 2011 (48), 899–931
- SCHERER ANDREAS GEORG, PALAZZO GUIDO, MATTEN DIRK, The Business Firm as a Political Actor: A New Theory of the Firm for a Globalized World, *Business & Society* 2014 (53), 143–156 (zit. *Political Actor*)
- SCHERER ANDREAS GEORG, PALAZZO GUIDO, MATTEN DIRK, Globalization as a challenge for business responsibilities, *Business Ethics Quarterly* 2009 (19), 327–347 (zit. *Globalization*)

- SHERMAN W. RICHARD, The Triple Bottom Line: The Reporting of «Doing Well» & «Doing Good», *The Journal of Applied Business Research* 2012 (28), 673–681
- SINGER TANIA, The past, present and future of social neuroscience: A European perspective, *Neuro-Image* 2012 (61), 437–449
- SMITH ADAM, *Theorie der ethischen Gefühle*, London 1759
- STRINGHAM EDWARD P, Embracing morals in economics: The role of internal moral constraints in a market economy, *Journal of Economic Behaviour & Organization* 2011 (78), 98–109
- SULLIVAN LOUIS H., The tall office building artistically considered, *Lippincott's Magazine* 57, March 1896, 403–409, in: Roth Leland M. *America Builds: Source Documents in American Architecture and Planning*, New York 1983, 340–346
- TAUT BRUNO, *Ein Wohnhaus*, Berlin 1995
- WEMPE BEN, On the use of the social contract model in business ethics, *Business Ethics: A European Review* 2004 (13), 332–341
- ZERK JENNIFER A., Extraterritorial jurisdiction: lessons for the business and human rights sphere from six regulatory areas. Corporate Social Responsibility Initiative Working Paper No. 59. Cambridge, MA: John F. Kennedy School of Government, Harvard University, 2010. <http://www.hks.harvard.edu/m-rcbg/CSRI/publications/workingpaper_59_zerk.pdf> (zit. Extraterritorial Jurisdiction)
- ZERK JENNIFER A., Corporate liability for gross human rights abuses: Towards a fairer and more effective system of domestic law remedies. A report prepared for the Office of the UN High Commissioner for Human Rights, 2014. <<http://www.ohchr.org/Documents/Issues/Business/DomesticLawRemedies/StudyDomesticLawRemedies.pdf>> (zit. Corporate liability)

Materialienverzeichnis

- BANK FÜR INTERNATIONALEN ZAHLUNGS AUSGLEICH, Basel II: Internationale Konvergenz der Eigenkapitalmessung und der Eigenkapitalanforderungen – Überarbeitete Rahmenvereinbarung, Basel 2004
- BUNDESRAT, Bericht in Erfüllung der Empfehlung 8 des Grundlagenberichts Rohstoffe und des Postulats 13.3365 «Mehr Transparenz im Schweizer Rohstoffsektor», 16. Mai 2014 (zit. Mehr Transparenz)
- BUNDESRAT, Grundlagenbericht Rohstoffe, 27. März 2013 (zit. Grundlagenbericht)
- COMMISSION ON HUMAN RIGHTS (CHR), Norms on the responsibilities of transnational corporations and other business enterprises with regard to human rights, E/CN.4/Sub.2/2003/12/Rev.2, 26. August 2003 (zit. Draft Norms)
- UN HUMAN RIGHTS COUNCIL, Guiding Principles on Business and Human Rights: Implementing the United Nations «Protect, Respect and Remedy» Framework, Report of the Special Representative of the Secretary-General on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises, John Ruggie, A/HRC/17/31, 21. März 2011 (zit. Guiding Principles)
- UN HUMAN RIGHTS COUNCIL, Protect, Respect and Remedy: a Framework for Business and Human Rights, Report of the Special Representative of the Secretary-General on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises, John Ruggie, A/HRC/8/5, 7. April 2008 (zit. Framework)

UNCTAD, Investment Policy Framework for Sustainable Development, Principle 6 right to regulate, in UNCTAD, World Investment Report 2012, Genf 2012 (zit. Investment Policy Framework)

US CONGRESS, Intelligence Activities, Senate Resolution 21, Hearings before the Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence of the United States Senate, 94th Congress, 1st session, Vol. 7 Covert Action, December 4 and 5, 1975: Appendix A: Covert Action in Chile 1963–1973, pp. 158–160. (zit. Chile)